

VI.4 Externe Einflüsse

Im Zeitraum bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wurden alle Schritte in Abstimmung mit den westlichen Verbündeten unternommen. Daher wird untersucht, welches Gewicht die internationale Umwelt hatte und welche externen Einflüsse die Entscheidungsfindung bestimmten.

Während des Besuches Nassers in Moskau im September 1965 wurden, wie aus den Akten des Auswärtigen Amtes hervorgeht, unter anderem die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel verurteilt. Bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR wurde ein Handelsabkommen für die Jahre 1966 bis 1970 in Aussicht gestellt. Eines der Ergebnisse des Besuches war die Moskauer Gründung einer Gesellschaft für sowjetisch-ägyptische Freundschaft⁷⁵⁹.

Eine Verschlechterung der deutsch-arabischen Beziehungen im Juni 1966 ist aus dem Protokoll der Sitzung des außenpolitischen Ausschusses zufolge auf zwei Ursachen zurückzuführen: erstens auf die bereits oben erwähnten deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen, deren lange Verhandlungsdauer und Befürchtungen von Geheimzusagen sowie die Enttäuschung über die Größenordnung, die sich auf 15% der gesamten Entwicklungshilfe belief. Als zweiter Grund wurde eine neue sowjetische Offensive für einen engeren Zusammenschluß im Nahen Osten seit Februar 1966 genannt. Darüber hinaus bestätigen zahlreiche Berichte, daß die Sowjets bei arabischen Regierungen stark auf die Anerkennung der DDR drängten. Demzufolge erschienen die Aussichten auf eine baldige Wiederaufnahme der Beziehungen zu diesem Zeitpunkt als nicht günstig. In den Stichworten wird hervorgehoben, daß es in den letzten Wochen Kontakte mit arabischen Regierungen und der Arabischen Liga gegeben habe und die arabische Seite vorerst eine gewisse Beruhigung der allgemeinen Atmosphäre in der arabischen Öffentlichkeit abwarten wolle⁷⁶⁰. Von ernsthaften Versuchen, die Beziehungen wieder aufzunehmen, kann nicht gesprochen werden, sondern allenfalls von der Absicht die teilweise unterbrochenen Kontakte aufrechtzuerhalten.

Wie aus einer Aufzeichnung zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hervorgeht, bestanden hinsichtlich der vom Westen im Nahen Osten und in Nordafrika einzuschlagenden Politik weitgehend übereinstimmende Ansichten⁷⁶¹.

⁷⁵⁹ Vgl. PA/AA, Ref., IB4. 2.9.1965. „Fernschreiben aus Moskau.“

⁷⁶⁰ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 16.6.1966. „Stichworte für die Sitzung des außenpolitischen Ausschusses am 16.6.1966. Betr.: Deutsch-arabische Beziehungen.“

⁷⁶¹ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 4.4.1967. „Aufzeichnung. Betr. Deutsch-amerikanische Beziehungen.“

Während des Juni-Krieges erklärte die Bundesregierung wiederholt, daß sie sich nicht in regionale Konflikte einmische und den Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, beachte⁷⁶². Trotzdem waren die deutsch-arabischen Beziehungen an einem weiteren Tiefpunkt angelangt. Berichten der deutschen Vertretungen in den arabischen Ländern zufolge rief das deutsch-israelische Verhältnis in allen arabischen Ländern nationale und religiöse Gefühle hervor. Nach Auffassung der Vertretungen seien aus arabischer Perspektive die deutschen Wiedergutmachungsleistungen und Waffenlieferungen eine wesentliche Voraussetzung für den israelischen Sieg im Juni-Krieg. Die einseitigen Berichterstattungen führender deutscher Zeitungen und der Besuch prominenter Politiker in Israel (u.a. Ex-Bundeskanzler Ludwig Erhard) waren für die Araber ein Indiz proisraelischer Einstellungen und wurden durch das Wirtschaftsabkommen mit Israel bestätigt. Die deutschen Vertretung in Amman vermutete, daß eine von der Sowjetunion und der DDR gesteuerte Propaganda die Wiedergutmachung an Israel zu einer „Dolchstoß-Legende“ gegen die Araber entwickelt habe. Die DDR erfuhr durch laute Verurteilungen Israels und Freundschaftsbekundungen für die arabische Welt Sympathien⁷⁶³.

Die UdSSR war die einzige Macht, die bereit war, den arabischen Staaten Waffen zu liefern und mit Unterstützung ihrer Militärberater die arabischen Armeen zu reorganisieren. Die israelischen Luftangriffe auf das ägyptische Hinterland 1969/70 zwangen die Ägypter, zu ihrem Schutz sowjetische Fliegerabwehrtruppen und -waffen anzufordern. Es war das erste Mal das die Sowjets eigene Streitkräfte zur Unterstützung eines nichtkommunistischen Landes einsetzten⁷⁶⁴.

In einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zur Lage des Nahen Osten nach dem Juni-Krieg wird ebenfalls die sowjetische Unterstützung der arabischen Länder und damit auch explizit die Rolle Ägyptens hervorgehoben. „Die Sowjetunion hat bereits vor einigen Wochen umfangreiche militärische Lieferungen in einzelne arabische Staaten (Ägypten, Algerien, Syrien) aufgenommen.“⁷⁶⁵

Die arabischen Staaten verkannten nicht, daß die Bundesrepublik der größere und bedeutendere Teil Deutschlands war und auf Dauer mehr Handel und Hilfe von dort zu erwarten sei. Es wurde befürchtet, daß die arabischen Staaten bei

⁷⁶² Ein großer Teil der Waffen die einen israelischen Blitzsieg ermöglichten, stammten aus den ursprünglich geheimen Lieferungen der Bundesrepublik.

⁷⁶³ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 14.11.1967. „Entwurf. Betr. Meinungen und Vorstellungen der arabischen Länder über das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland.“

⁷⁶⁴ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 146-147.

⁷⁶⁵ PA/AA, Ref. IB4. Sprechzettel. „Betrifft: Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 21. Juli 1967: hier: Die Lage im Nahen Osten.“

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR aus keinem Teil Deutschlands mehr umfangreiche Wirtschaftshilfe erhalten könnten⁷⁶⁶.

Nach Ende des 1967er Krieges kam es zu Auseinandersetzungen über die UN-Resolution 242⁷⁶⁷, deren englischsprachige Fassung sich auf den Abzug von Streitkräften „aus besetzten Gebieten“ aussprach während die französische Fassung von der Räumung „der besetzten Gebiete“ ausging⁷⁶⁸. Frankreichs Präsident de Gaulle, der während des Juni-Krieges ein Waffenembargo gegen Israel verhängt hatte, zeigte auch nach Ende des Krieges Sympathien für die Araber und warnte vor „herrsüchtigen“ Tendenzen der Israelis⁷⁶⁹. Die Bundesregierung gab keine offizielle Stellungnahme ab, und die englische Fassung galt als die authentische Version⁷⁷⁰. Die Rolle Frankreichs wurde, wie aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes im November 1967 hervorgeht, stark kritisiert. So empörte sich der deutsche Botschafter in Tel Aviv, Pauls, über die einseitigen französischen Darstellungen der Gründe, die zum Juni-Krieg geführt hatten. Die Franzosen machten Israel den Vorwurf leichtfertiger, mit expansionistischen Zielen verbundener Kriegstreiberei⁷⁷¹.

Im November 1967 ist einer Europaratssitzung zu entnehmen, daß die Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht habe, daß „[...] möglichst rasch eine friedliche, gerechte und dauerhafte Lösung für die Probleme des Nahen Ostens gefunden werden möge. Wir haben gleichzeitig betont, daß unsere eigenen Möglichkeiten, zu einer Entspannung im Vorderen Orient aktiv beizutragen, jedoch beschränkt sind. Wir sind keine Großmacht und nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Unser politischer Spielraum ist auch durch die Teilung unseres Landes fühlbar eingengt.“⁷⁷² Bundeskanzler Kiesinger hatte sich in einer Bundestagsrede im Juni 1967 im Zusammenhang mit den Konflikten im Nahen Osten für ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Gemeinschaft ausgesprochen, um einheitlich agieren zu können⁷⁷³.

Die israelische Siedlungspolitik Ende der sechziger Jahre demonstrierte immer deutlicher, daß der Wunsch, nach Rückzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten, nicht in Erfüllung gehen würde. Diesbezüglich machte sich auch unter

⁷⁶⁶ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 14. 11.1967. „Entwurf. Betr. Meinungen und Vorstellungen der arabischen Länder über das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland.“

⁷⁶⁷ Vgl. Kapitel V.2.1

⁷⁶⁸ Vgl. Brügel, 1974, S.125 u. 129.

⁷⁶⁹ Vgl. Mansfield, 1992, S. 274.

⁷⁷⁰ Interview mit Botschafter a.D. Heinz Fiedler am 7.4.2000.

⁷⁷¹ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 29.11.1967. „Fernschreiben aus Tel Aviv.“

⁷⁷² PA/AA, Ref. IB4. 16.11.1967. „An das Referat IA1. Betr.: Empfehlung 498 zur allgemeinen Politik des Europarates. Hier: 165. Sitzung der Ministerbeauftragten (Punkt 18 TO).“

⁷⁷³ Vgl. Braune-Steininger, 1988, S. 73. Bundestagsdebatte vom 7.6.1967.

Freunden Israels Kritik breit. So drängte das US-State-Department darauf, Israel zu Zugeständnissen zu zwingen⁷⁷⁴.

Um den beiden Supermächten USA und Sowjetunion nicht den für Europa vitalen Mittelmeerraum zu überlassen, regte Frankreich im Januar 1969 ein Viermächtegespräch zwischen den USA, der UdSSR, Frankreich und Großbritannien an. Dabei sollte man sich über die Interessengegensätze im Nahen Osten einigen, damit eine direkte Konfrontation in einem neuen Nahostkrieg vermieden werden könnte⁷⁷⁵.

Am 13. Mai 1971 kam es zum ersten Mal zu einer koordinierten Aktion der EWG-Staaten hinsichtlich ihrer Nahostpolitik. Trotz der gegensätzlichen Positionen der araberfreundlichen Politik Frankreichs und der pro-israelischen Politik der Bundesrepublik wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet⁷⁷⁶. Mit dem bereits in Kapitel V.3 erwähnten Arbeitspapier, das in Israel spöttisch nach dem damaligen französischen Außenminister Maurice Schumann, „Schumann-Papier“ genannt wurde, befürwortete die EPZ die Räumung der von Israel 1967 besetzten Gebiete⁷⁷⁷ und forderte die Rückkehr und Entschädigung der „arabischen Flüchtlinge.“⁷⁷⁸ Die Bundesregierung machte den arabischen Staaten deutlich, daß sie es mit der ausgewogenen Nahostpolitik ernst meinte, und somit der Weg zur Wiederaufnahme der Beziehungen frei gemacht werden könnte. Israel übte Kritik an dem Papier, da es nicht nur in französischer Sprache abgefaßt war, sondern Bonn sich auf eine französische Linie habe festlegen lassen. Außenminister Scheel versuchte die Bedeutung dieses Papiers herunterzuspielen⁷⁷⁹. Die USA und die Sowjetunion reagierten abweisend auf das Nahostpapier der EG⁷⁸⁰.

Ein weiterer Anstoß, sich von den alten außenpolitischen Konzeptionen gegenüber der arabischen Welt zu trennen, kam aus der Region selbst, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und der DDR⁷⁸¹.

Die Einigung auf den deutsch-sowjetischen Vertrag (1970), der deutsch-polnische Vertrag (1970), das Viermächte-Abkommen (1971) und letztendlich der Grundlagenvertrag von 1972 schufen ein neues internationales Umfeld und unter dem Schirm der Entspannungspolitik erweiterte die Bundesrepublik für kurze Zeit ihren außenpolitischen Spielraum. Die Verbesserung des deutsch-sowjetischen

⁷⁷⁴ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 147.

⁷⁷⁵ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 147.

⁷⁷⁶ Vgl. Jaeger, 1996, S. 35.

⁷⁷⁷ Vgl. Deutschkron, 1983, S. 371. Vgl. auch Kramer, 1974, S. 293.

⁷⁷⁸ Vgl. Jaeger, 1996, S. 36. Die Erklärung wurde in „Die Welt“ am 14.7.1971 veröffentlicht.

⁷⁷⁹ Vgl. Deutschkron, 1973, S. 371-372.

⁷⁸⁰ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 150.

⁷⁸¹ Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 147.

Verhältnisses aber auch das distanziertere ägyptisch-sowjetische Verhältnis nach der Machtübernahme Sadats, trug maßgeblich zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten bei⁷⁸².

Die arabischen Staaten wollten die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Bundesrepublik nicht ohne Liga-Beschluß vollziehen, um sich damit gegenüber dem Kreml auf einen verpflichtenden Beschluß berufen zu können⁷⁸³. Am 8. Juni 1972 wurde die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten bekanntgegeben.

Wie auch beim Abbruch der Beziehungen, spielte bei der Wiederaufnahme die internationale Umwelt eine bedeutende Rolle. Im Rahmen der Entspannungspolitik wurden neue Voraussetzungen für die Wiederaufnahme geschaffen. Die Gründung der EPZ und die damit verbundene Möglichkeit, eine ausgewogenere Nahostpolitik zu führen, waren für die Bundesrepublik eine Gelegenheit, gegenüber den arabischen Staaten eine ausgewogene Nahostpolitik glaubhafter zu machen.

⁷⁸² Vgl. Kramer, 1974, S. 276.

⁷⁸³ Vgl. Fuldaer Zeitung, 8.12.1971. „Engere Kontakte zwischen Kairo und Bonn“.